

Keinen Schritt voran

Auch in diesem Jahr ist der geplante rechtsextreme Aufmarsch in Dresden verhindert worden. Obwohl Gerichte den Neonazis drei Kundgebungen genehmigt hatten und Gegendemonstrationen nur begrenzt erlaubt waren, folgten 20 000 Menschen dem Aufruf „Dresden nazifrei“ und stellten sich quer. Die Rechtsextremen kamen keinen Schritt voran.

Das ist erfreulich – auch wenn dieser erneute Erfolg des Blockade-Bündnisses von einer ablenkenden Folgedebatte begleitet wird, bei der es nicht um die rechtsextremen Staatsfeinde geht, sondern um Zerstörungswut linksextremer Randalemacher.

1000 der von ihnen selbst großspurig angekündigten 6000 Neonazis hatten sich in die sächsische Landeshauptstadt durchgeschlagen, um die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrscher und des von ihnen angezettelten Zweiten Weltkriegs zu verhöhnern. Belastet wurde der überwiegend friedliche Protest, an dessen Rändern es vereinzelt Gewaltausbrüche und Angriffe auf Polizeibeamte gab, von einer überfallartigen Durchsuchung der Pressestelle des Bündnisses „Dresden nazifrei“. Überhaupt ging die Polizei äußerst rabiat, wahllos und willkürlich gegen Anti-Nazi-Demonstranten vor.

„problematisches“ Vorgehen gegen Demonstranten

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), der den Demo-Aufruf des Bündnisses unterzeichnet hatte und kirchliche Mahnwachen besuchte, war verwundert über die Schikanen der Dresdner Polizei: „Ich habe das ungute Gefühl, dass hier die Leute behindert werden, die sich gegen Nazis aussprechen. Dabei ist es so wichtig, heute auf der Straße zu sein.“ Dass die Polizei gerichtlich erlaubte Neonazi-Aufzüge nicht stoppen durfte, aber gegen demokratische Demonstranten hart einschritt, bewertete Thierse als „problematisch“ – mit dieser diplomatisch klingenden Wortwahl umschrieb er einen schwer begreiflichen Widerspruch.

Den brachte die sächsische Landtagsabgeordnete Hanka Kliese (SPD) auf den Punkt: Das Ansinnen der Blockierenden sei „nicht gegen die Verfassung gerichtet, es ist vielmehr deckungsgleich mit der Intention des Grundgesetzes, das gegen die totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus geschrieben wurde“, schrieb sie in einem Beitrag für das Portal „Endstation rechts Sachsen“. „Die Blockade gegen die Neonazi-Demonstration am 19. Februar gefährdet unsere Demokratie nicht – sie belebt vielmehr die demokratische Kultur in unserem Land.“

Gedanken-Wirrwarr des sächsischen Innenministers

Merkwürdig doppeldeutig äußerte sich dagegen der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU). Einerseits fand er es „schön, dass viele Menschen wieder auf die Straße gegangen sind und deutlich gemacht haben: Nazis haben in dieser Stadt nichts zu suchen“. Andererseits sagte er diesen Satz: „Wer mit friedlichen Absichten herkommt, ist willkommen.“ Welch ein Gedanken-Wirrwarr des Ministers! Die Rechtsextremen kommen eben nicht mit friedlichen Absichten. Ihre Ideologie ist unfriedlich. Und darum sind sie nicht willkommen. Ulbigs zwiespältige Haltung belegt, dass es notwendig ist, die Fehlentscheidungen der sächsischen Justiz, das Handeln der Dresdner Stadtverwaltung und die Taktik der Polizeiführung zu durchleuchten.

Die Neonazis haben zum zweiten Mal innerhalb einer Woche einsehen müssen, dass Dresden nicht ihr Aufmarschgebiet ist. Ihnen steht eine von den demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen unterstützte vielfältige Menschenmenge gegenüber, die nicht bereit ist, Geschichtsverdrehung hinzunehmen und die das schöne Dresden nicht zu einem hässlichen Symbol für deutschen Rechtstextremismus werden lassen möchte. Falls sie es aber doch nicht verstanden haben, müssen sie im nächsten Jahr wieder gestoppt werden.

21. 02. 2011 - Helmut Lölhöfel